



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 05.05.2014 bis 08.05.2014



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

zu Beginn der Woche folgte ich der Einladung von Frau Verena Bentele, der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung. Neben einem sehr unterhalterischem Rahmenprogramm, bei dem Musiker mit und ohne Behinderung eindrucksvoll zusammenarbeiteten, hat Frau Bentele noch einmal auf verschiedene Ziele ihrer Arbeit hingewiesen.

Unter dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ sind wir weiterhin dabei die UN-Behindertenrechtskonventionen in Nationales Recht um zu setzen. Mithilfe einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie wollen wir Aufklärung wie wir die betroffenen Menschen vor Ort erreichen und wo konkreter Handlungsbedarf besteht.

Zu dieser Thematik durfte ich meine Überlegungen am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages vortragen. Kurz zuvor konnte ich in meiner Rede zum SGB II deutlich machen, dass die Chancen für den Wiedereinstieg für ältere Beschäftigte heute wesentlich gestiegen sind. Und wir es uns auch weiterhin zur Aufgabe machen müssen, dass ältere Arbeitnehmer die Möglichkeit auf eine durchgehende Erwerbsbiographie haben.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen Gästen anlässlich der Eröffnung des Wahlkreisbüros bedanken. Mit vielen konnten wir ins Gespräch kommen und so die unmittelbare Verbindung zwischen Berlin und Essen herstellen. Mein Team in Essen erreichen Sie telefonisch unter der Rufnummer 0201/80673868 und per Fax unter 0201/80673870.

Ihre

Jutta Eckenbach

In dieser Ausgabe:

Rentenpaket	2
Plenarreden	2
Termine	3
Daten und Fakten	3

Rentenpaket

Mit Hochdruck wird derzeit am Rentenpaket gearbeitet. Am Montag haben wir als federführender Ausschuss für Arbeit und Soziales eine **Öffentliche Anhörung** mit Experten u.a. von der Deutschen Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitgebern, dem DGB und der Katholischen Frauengemeinschaft durchführt.

Es ging vor allem um die Auswirkungen der vier Hauptpunkte des Gesetzes wie die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten (**Mütterrente**), die **abschlagsfreie Rente mit 63** nach 45 Versicherungsjahren, Erhöhungen bei der **Erwerbsminderungsrente** und der **Rehabilitation**.

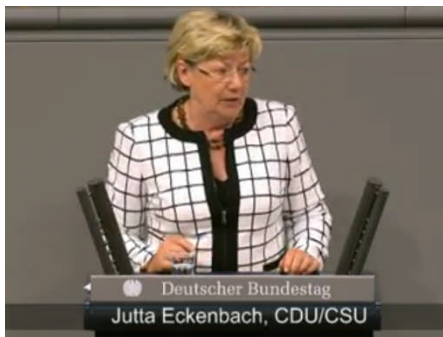


Darüber hinaus haben wir die Experten zu Möglichkeiten eines flexibleren Rentenübergangs befragt, etwa die freiwillige Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers bei einem Renteneintritt. Denn wenn die Prognosen zum drohenden Fachkräftemangel stimmen, dann kommt es eher zu einer stärkeren Erwerbstätigkeit Älterer statt zu einer Frühverrentungswelle. Dennoch steht nach wie vor die Frage nach einem möglichen Missbrauch der Rente mit 63 durch eine vom Arbeitgeber fingierte frühzeitige Arbeitslosigkeit im Raum, um dann mit Arbeitslosengeld die Zeit bis zur vorzeitigen abschlagsfreien Rente zu überbrücken. Dem kann man am besten mit einer Stichtagsregelung begegnen, so dass diese speziellen Fälle nur anerkannt werden, wenn sie vor der Geltung des Gesetzes stattfanden.

Derzeit werden in den Fraktionen Änderungsanträge zum Gesetzentwurf vorbereitet. Diese werden wir dann in den nächsten Wochen in den Ausschüssen beraten.

Plenarreden

Gleich zweimal hatte ich in dieser Plenarwoche die Aufgabe, als Rednerin der CDU/CSU im Plenum Stellung zu beziehen. Zunächst ging es am Donnerstagnachmittag um die Frage, ob



die **rentenrechtliche Regelung für ältere Arbeitssuchende im Rahmen des SGB II** eine sogenannte „Zwangsverrentung“ darstelle, so wie es die Fraktion DIE LINKE behauptet. Meines Erachtens haben persönlich erworbene Ansprüche in die Rente gegenüber den Leistungen der Allgemeinheit bei Hilfsbedürftigkeit Vorrang. **In dieser Diskussion darf man nicht vergessen, dass die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht; sie hat sich seit 2002 verdoppelt.** Die Bundesregierung unter

CDU-Führung hat bereits 2008 Eingliederungszuschüsse auf dem Weg gebracht, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für ältere Arbeitslose zu erleichtern. 2011 wurden die Förderdauer für Ältere sogar noch einmal verlängert. Hier müssen wir weitere Akzente setzen, Unternehmen ansprechen und öffentliche Programme fortführen, habe ich in der Plenarsitzung betont. Beschäftigung hat Vorrang, so dass möglichst viele Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden und somit eine mögliche Frühverrentung verhindert wird.

Am Abend ging es dann um die **Politik für behinderte Menschen**. Anlass für die Debatte im Plenum war der Europäische Protesttag für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung. Alle Fraktionen einte der Wille nach einer gemeinsamen Teilhabe am Leben für alle Menschen.

Besonderes Anliegen ist die Aufhebung der Spargrenze für Menschen, die auf eine Assistenzhilfe im Alltag angewiesen sind. Menschen die dieser Hilfe bedürfen und dennoch ihren Lebensunterhalt selbstständig verdienen können, dürfen nicht mit Sozialhilfe gleichgestellt werden. Sie müssen in der Lage sein, Ersparnisse zu schaffen, um so auch u.a. fürs Alter vorzusorgen.

Die gesamten Redebeiträge können Sie sich in der **Mediathek des Bundestages unter www.bundestag.de oder im Protokoll vom 8. Mai 2014 nachlesen.**

Termine

12.5.2014 - Wanderausstellung im Leibniz-Gymnasium

Am kommenden Montag, **den 12. Mai 2014** eröffne ich zusammen mit dem Schulleiter des Leibniz-Gymnasiums Herrn Martin Tenhaven **um 14:30 Uhr** die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages. Bei einem anschließenden kleinen Imbiss haben Sie die Möglichkeit sich die Ausstellung anzuschauen und mit mir ins Gespräch zukommen.

Darüberhinaus haben Sie die Möglichkeit, sich die Ausstellung im Rahmen der Öffnungszeiten des Leibniz-Gymnasiums, selbstständig anzuschauen.

15.5.2014 - Agnes-Neuhaus-Empfang

Am **15. Mai 2014 kommt um 11:30 Uhr** die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministers für Gesundheit Frau **Annette Widmann-Mauz MdB** auf Einladung des SkF nach Essen. Sie wird auf dem Agnes-Neuhaus-Empfang im Kolpinghaus (Steeler Straße 36) zum **Thema „Psychische Gesundheit, Vernetzung und Kooperation“** referieren. Gern können Sie als interessierte Zuhörer an der Veranstaltung teilnehmen. Melden Sie sich bitte aus organisatorischen Gründen unter der **Rufnummer des SkF Essen e.V. 0201/27508-120** an.

Daten und Fakten

1.349 Brauereien in Deutschland

Im Jahr 2013 stellten in Deutschland 1.349 Brauereien den beliebten Gerstensaft nach dem deutschen Reinheitsgebot vom 23. April 1516 her. Wie das Statistische Bundesamt zum Tag des deutschen Bieres am 23. April weiter mitteilt, befand sich fast die Hälfte der Brauereien, nämlich 623, in Bayern. Den zweiten Platz belegte Baden-Württemberg mit 185 vor Nordrhein-Westfalen mit 131 Brauereien. Somit sind knapp 70 Prozent aller deutschen Brauereien allein in diesen drei Ländern ansässig.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)